

Presseinformation

30. November 2020

Bankenverband legt fünf wirtschaftspolitische Vorschläge für Aufschwung nach Corona vor

- Zweiter Lockdown stoppt konjunkturelle Erholung
- Statt Hilfen mit „Prinzip Gießkanne“ gezielt Wachstum fördern
- Fokus auf Schlüsselfelder Nachhaltigkeit und Digitalisierung

Um die gewaltigen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft besser in den Griff zu bekommen, hat der Bankenverband wirtschaftspolitische Vorschläge ausgearbeitet. Aus Sicht der privaten Banken ist die deutliche Erholung der Konjunktur zwar durch den zweiten Lockdown ins Stocken geraten, doch es gebe Licht am Ende des Tunnels. „Die Unsicherheiten für 2021 sind groß. Aber wir sehen gute Chancen, dass der Wirtschaftsmotor nächstes Jahr wieder anspringt und die Erholung erneut an Fahrt gewinnt“, sagte Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes, aus Anlass eines virtuellen Pressegesprächs.

Das rasche Eingreifen der Politik habe die schlimmsten wirtschaftlichen Schäden der Corona-Krise verhindert. „Die staatlichen Programme für Unternehmen waren und sind als Akuthilfe wichtig“, so Ossig. „Doch jetzt kommt es darauf an, die richtigen wirtschaftspolitischen Impulse zu setzen, um die gesunden Unternehmen für die Zukunft zu stärken.“ Eine der größten Herausforderungen des kommenden Jahres sei es daher, die Verschuldung im Blick zu behalten. Denn klar sei auch, dass die nächsten Monate für einen Teil der Unternehmen zur Belastungsprobe werden. Es werde Insolvenzen sowie Kreditausfälle geben. „Beides haben die Banken im Blick – und es ist für uns verkraftbar. Doch wir dürfen uns nicht von den derzeit historisch niedrigen Insolvenzzahlen täuschen lassen. Sie werden im Jahresverlauf 2021 deutlich ansteigen. Wir sind noch nicht über den Berg“ sagte Ossig.

„Deshalb bringt es aus unserer Sicht auch nichts, bei den staatlichen Hilfen weiter auf das ‚Prinzip Gießkanne‘ zu setzen. Der Aufbruch aus der Krise sollte mit dem so notwendigen Umbau der Wirtschaft verbunden werden. Die Hilfen müssen dabei gezielt Investitionen in Zukunftstechnologien in den Feldern Nachhaltigkeit und Digitalisierung unterstützen,“ so Ossig.

Dr. Kerstin Altendorf
Pressesprecherin
Telefon: +49 30 1663-1250
kerstin.altendorf@bdb.de

Bundesverband deutscher Banken e. V.
Bereich Kommunikation
Burgstraße 28
10178 Berlin
Telefon: +49 30 1663-1201 / -1202
bdb-pressestelle@bdb.de
bankenverband.de/newsroom

Folgende Vorschläge hat der Verband ausgearbeitet:

- Der steuerliche Verlustvortrag sollte ausgebaut werden, um gezielt die Eigenkapitalbasis derjenigen Unternehmen zu stärken, die in den vergangenen Jahren erfolgreich gewirtschaftet, darauf Steuern gezahlt haben und nun Luft zum Investieren brauchen.
- Die Kapitalmarktunion muss weiter vorangebracht werden, um den Zugang erfolgreicher europäischer Unternehmen zu mehr Eigenkapital zu erleichtern.
- Die Investitionen für Forschung und Entwicklung müssen jetzt hochgefahren werden, trotz derzeitiger genereller Investitionszurückhaltung. Hier brauchen wir eine steuerliche Förderung und vorteilhafte Finanzierungsbedingungen.
- Die Förderpolitik sollte angepasst werden, um gezielt Investitionen in Zukunftstechnologien und den Umbau der Wirtschaft zu unterstützen.
- Wir sollten nicht nur auf öffentliche Mittel setzen. Daher müssen die Handlungsspielräume der Banken bei der Kreditvergabe erhöht werden. Die Finanzierung des Aufschwungs darf nicht an regulatorischen Hindernissen und Auflagen scheitern.

Der Bankenverband geht zudem in seinem aktuellen „Bericht zur Lage der Unternehmensfinanzierung“ auf die strukturellen Herausforderungen ein, vor denen die deutsche Wirtschaft steht. Der Bericht ist unter **bankenverband.de** abrufbar.